

## 725 Jahre Peinlichkeit

Die Stadtspitze feiert Stadtjubiläum zusammen mit Ehrengästen. Kosten 300.000 Euro. Die Bevölkerung soll auf eigene Kosten feiern. **S.3**

## CDU mag Hindenburg

Der Rat beschloss den Helfer Hitlers von der Liste der Ehrenbürger zu streichen. Ausser die CDU, sie stimmte dagegen. **S.4**

## Wasser für die Stadt

Die EU will das Wasser privatisieren. DIE LINKE fordert deshalb die Stadtwerke zu kommunalisieren um die Versorgung zu sichern. **S.5**

## Gegen Armut im Alter

Die Altersarmut steigt stark an, insbesondere bei Frauen. DIE LINKE stellt Forderungen um die Situation zu verbessern. **S.6**

## Für eine andere Wohnungspolitik



©Linksfraktion-Düsseldorf

## Konzept Wohnungsmarkt

### Für Investoren - nicht für MieterInnen

Die Stadtverwaltung hat ein Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt unter der Überschrift ZUKUNFT WOHNEN. DÜSSELDORF vorgelegt. Damit soll eine „gemeinwohlorientierte Wohnbauentwicklung“ gefördert werden.

30 Handlungsansätze werden vorgestellt, von denen die meisten bereits angewendet werden. Zwei dieser Ansätze sind neu. Zum Einen sollen zukünftig bei Projekten mit mehr als 100 Wohnungen 20% als Sozialwohnungen und 20% im „preisgedämpften Wohnungsbau“ errichtet werden. Damit soll die Anzahl der preiswerten und bezahlbaren Wohnungen erhöht werden. Unter preisgedämpften Wohnungsbau versteht die Verwaltung Mieten von maximal 10 Euro/m<sup>2</sup> kalt. Nur der Verwaltung und wahrscheinlich auch den Fraktionen von CDU und FDP scheint sich zu erschließen, was Mieten von 10 Euro/m<sup>2</sup> mit preiswerten und bezahlbaren Mieten gemeinsam haben. Die Quote von 20% Sozialwohnungen kann auch unterschritten werden, wenn es dem Investor - aus welchen Gründen auch immer - nicht zugemutet werden kann, Sozialwohnungen zu bauen. Dann soll der Anteil an preisgedämpftem Wohnungsbau er-

höht werden. Im schlimmsten Fall kann es dann Projekte geben, bei denen 40% der Wohnungen zu 10 Euro/m<sup>2</sup> und 60% zu noch höheren Mieten angeboten werden.

Ein weiteres Konzept sieht vor, dass Investoren von der Stadtparkasse zinsgünstige Darlehen bekommen, damit sie auf städtischen Grundstücken Mietwohnungen für maximal 8,50 Euro/m<sup>2</sup> anbieten. Das zinsgünstige Darlehen soll auf 20 Jahre vergeben werden, ohne dass der Investor eigenes Kapital einsetzen muss. Die städtischen Grundstücke sollen in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. Dafür sollen die 8,50 Euro/m<sup>2</sup> für einen Zeitraum von 10 Jahren mit einer Indizierung gelten. Indizierung bedeutet, dass die Mieten bei Inflation auch höher ausfallen können. Bei den heutigen Kapitalkosten bedeuten zinsgünstige Darlehen Zinsen von 0,5 bis 1 %. Das heißt, ein Investor braucht kein Eigenkapital und kann bei so gut wie keinen Kapital- und Grundstückskosten Mieten von mindestens 8,50 Euro/m<sup>2</sup> nehmen. Auch das sind natürlich Kaltmieten. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Düsseldorf hat berechnet, dass bei Neubauten

ohne Berücksichtigung von Kapital- und Grundstückskosten Mieten von 4,80 Euro/m<sup>2</sup> zu realisieren sind. Das heißt, hier wird dem Investor ein Gewinn von fast vier Euro/m<sup>2</sup> zubilligt, ohne dass er selbst Kapital beisteuern muss.

Mit diesen beiden Beispielen wird deutlich, dass dieses „Handlungskonzept“ keine Verbesserung des Wohnungsmarktes für Mieterinnen und Mieter bedeutet. Allenfalls wird die Situation von Investoren und Maklern verbessert. Das ist allerdings auch keine Überraschung. Denn ausgearbeitet wurde das Konzept von der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den „Akteuren des Wohnungsmarktes“. Unter diesen Akteuren versteht die Stadt Makler und Vertreter der Wohnungswirtschaft. Nicht mit einbezogen wurde die größte und wichtigste Gruppe des Wohnungsmarktes. Kein Mieterverein und keine Mieterinitiative waren an der Ausarbeitung beteiligt.

Überhaupt nichts findet man im Konzept zu der Möglichkeit, dass die Stadt selbst preiswerte Wohnungen baut. Im Gegenteil, die wenigen Grundstücke, die die Stadt besitzt, sollen zu günstigen Preisen an Investoren verkauft werden.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wie wichtig persönliches Engagement und Öffentlichkeit ist, um politisch etwas zu erreichen, wird deutlich an Beispielen, über die auch in dieser Ausgabe des Rheinblicks berichtet wird.

So hat das Bündnis bezahlbarer Wohnraum in Düsseldorf mit dazu beigetragen, dass in die Wohnungspolitik der Stadt Bewegung gekommen ist. Ebenso wäre es ohne die Berichterstattung über die Suspendierung der Feuerwehrleute nicht zu der jetzt erreichten Einigung zu den von der Feuerwehr geleisteten Überstunden aus den Jahren 2002 – 2005 gekommen.

Wir wollen uns nichts vormachen. Diese Erfolge führen nicht dazu, die Gesellschaft entscheidend zu verändern. Sie zeigen aber, dass man gemeinsam etwas bewegen kann. Um die herrschende Politik zu ändern, ist es natürlich notwendig, die Mehrheiten in den Parlamenten - ob Bundestag oder Stadtrat - zu ändern. Deshalb ist die Beteiligung an Wahlen wichtig. Genauso wichtig ist es aber, sich für die eigenen Überzeugungen und Anliegen einzusetzen.

Dabei unterstützen wir Sie gerne, in dem wir ihre Anregungen und Forderungen in den Stadtrat und in die Fachausschüsse einbringen. Dazu müssen wir Ihre Anliegen aber auch kennen.

Bitte schreiben Sie uns, ob per Brief oder E-Mail. Wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123  
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de  
www.linksfraktion-duesseldorf.de

## 36.681 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,9%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2013 bei 27.602 (offizielle Arbeitslosenquote 8,9 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.681 um 9.079 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter [www.linksfraktion-duesseldorf.de](http://www.linksfraktion-duesseldorf.de) zu finden.

### Platzverweise

Etwa 5.000 Platzverweise hat der Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Stadt Düsseldorf (OSD) im Jahr 2012 ausgesprochen und Menschen zeitweise von öffentlichen Plätzen und Strassen ausgeschlossen. Das geht aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE hervor. Die Auskunft über die Länge des zeitlichen Aufenthaltsverbots konnte oder wollte die Verwaltung nicht geben. In keinem einzigen Fall wurde 2012 von den Betroffenen Widerspruch eingelegt. Das ist zu bedauern, weil die Stadt in der Vergangenheit sich nicht getraut hat, Widersprüche gegen Platzverweise gerichtlich klären zu lassen, weil damit auch die städtische Straßensatzung in Frage gestellt werden könnte. Platzverweise sowie die Straßensatzung wird von der LINKEN abgelehnt.

## Das nächste Millionengrab

### Ein neues Balletthaus für Düsseldorf

Düsseldorf braucht ein neues Balletthaus. So jedenfalls die Meinung der Stadtverwaltung und der maßgeblichen Menschen der Düsseldorfer Kulturszene. Das bisherige Probenzentrum sei zu klein. Außerdem müsse man dem „gefeierten Tanzchef“ Martin Schläpfer etwas bieten, sonst könne es sein, dass er seinen Vertrag in Düsseldorf nicht verlängert.

Ausgeguckt wurde zu diesem Zweck ein Grundstück am Steinberg in Bilk, neben dem ehemaligen Rheinbahndepot. Geplant ist, dass das Balletthaus in einem sogenannten ÖPP-Verfahren gebaut werden soll.

ÖPP steht für Öffentlich-Private-Partnerschaft. Die Partnerschaft besteht zwischen einem öffentlichen und einem privatwirtschaftlichen Teilnehmer. Zum Beispiel setzt sich eine Kommune mit einem Investor zusammen. Der Investor baut nach den Vorstellungen der Kommune ein Gebäude, das er selbst finanziert hat und das er über einen festgelegten Zeitraum auch betreibt. Die Kommune mietet für diesen Zeitraum das Gebäude an und bezahlt dafür Miete. In dieser Miete ist auch der Unterhalt des Gebäudes enthalten.

Das sieht zunächst sehr günstig für die Kommune aus. Sie braucht kein Geld zu investieren, braucht sich auch nicht um den Bau und den Unterhalt (Reinigung, Renovierung etc.) zu kümmern und erhält trotzdem ein Gebäude nach ihren Vorstellungen.

Der Investor muss die Investitionskosten tragen und die Unterhaltskosten auf die gesamte festgelegte Vertragsdauer hochrechnen. Ein paar Risikozuschläge sind da schon erforderlich, damit sich das Projekt für ihn rentiert.

In einer Zeit, in der viele Kommunen kein Geld haben, sind solche Projekte sehr begehrt und werden seit Jahren umgesetzt. Es gibt also genügend Vergleichsprojekte. Die Landesrechnungshöfe warnen mittlerweile vor ÖPP-Projekten, da sie bis zum Ende der Vertragslaufzeiten in der Regel für die Kommune teurer werden als wenn die

Kommune das Projekt selbst finanziert, baut und unterhält. Auch in Düsseldorf gibt es Beispiele aus der Vergangenheit, die die Stadt viel Geld gekostet haben bzw. immer noch kosten. Zu nennen sind hier die Arena, die ehemalige Paketpost oder Burg-Wächter-Castello.

Trotzdem ist die Stadtspitze und mit ihr CDU und FDP davon überzeugt, dass im Falle des Balletthauses das ÖPP-Verfahren beherrschbar ist. Sie haben ein Beratungsunternehmen (Ernst & Young) damit beauftragt, eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu erstellen.

Und was war das Ergebnis? Die Errichtung eines neuen Balletthauses im ÖPP-Verfahren bringt der Stadt finanzielle Vorteile! Über einen Zeitraum von 30 Jahren ein Vorteil von 4,07 %. Zwar konnten für diese vorläufige Untersuchung Zahlen nur geschätzt werden, trotzdem wurden exakte Beträge ermittelt, die zu einem prozentualen Unterschied von zwei Stellen hinterm Komma kamen. Die Stadt selbst rechnet in einer solch frühen Projektphase mit Unsicherheiten von 30%.

Alle kritischen Nachfragen und Hinweise wurden vom Tisch gewischt. In der Ratssitzung am 18. April haben CDU und FDP gegen die Stimmen der anderen Fraktionen beschlossen, das ÖPP-Verfahren für das Balletthaus weiter zu betreiben. Hier wird das nächste Millionengrab für städtische Gelder in Düsseldorf ausgehoben.



Er übt schon mal für die Öffentlich-Private-Partnerschaft

© flickr/mkd.

## Verlust von Sozialwohnungen

### Am Beispiel Garath

Der Stadtbezirk 10, Garath und Hellerhof, ist der jüngste Stadtteil Düsseldorfs. Die ersten Häuser der neuen Wohnsiedlung wurden Anfang der 60er Jahre erbaut, neben einigen Einfamilienhäusern meist Sozialwohnungen für die ArbeitnehmerInnen Düsseldorfs.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung wollte von der Verwaltung wissen, wie groß der derzeitige Anteil von Sozialwohnungen im Stadtteil ist und wie viele der damals gebauten Sozialwohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen sind. Die Antwort der

Verwaltung war erschreckend:

Gab es im Stadtbezirk im Jahr 2003 noch 5.443 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen (48,6 %), so waren es 2012 nur noch 1.136 Wohnungen (10,1 %). Das heißt, innerhalb von nur 10 Jahren schrumpfte der Anteil der Wohnungen mit Bindung um 4.307 Wohnungen.

Auf die Frage der Fraktion, welche konkreten Maßnahmen die Stadt unternimmt, um sozialen Wohnungsbau in Garath zu fördern, kam nur die lapidare Antwort, dass die Stadt Architekten

und Investoren Unterstützung gäbe. Und „Konkret wurden 70 geförderte Mietwohnungen seit 2007 in Garath, an der Maria-Olbrich-Straße errichtet.“ Dazu Bezirksvertreterin Angelika Kraft-Dlangamanda: „Diese Antwort ist eine Frechheit. Denn in dieser Straße sind vier Hochhäuser und mehrere Miethäuser mit Sozialwohnungen abgerissen worden, um die neuen Häuser zu bauen. In den neuen Wohnungen stehen nur noch 10 % geförderte Wohnungen zur Verfügung und die MieterInnen bekommen eine Staffelmiete.“

## 725 Jahre

### Wie Düsseldorf feiert

Am 05. Juni 1288 fand die Schlacht von Worringen statt. In den Köpfen der Bevölkerung des Rheinlandes hat sich festgesetzt, dass damals Düsseldorf und Kölner gegeneinander gekämpft haben. In Wahrheit hat der Graf von Berg mit Unterstützung der Bevölkerung aus Köln und Düsseldorf gegen den Erzbischof von Köln gekämpft und die Schlacht gewonnen.

Als Dank für die Unterstützung bekam Düsseldorf am 14. August 1288 die Stadtrechte verliehen. Das Datum jährt sich in diesem Jahr zum 725ten Mal.

Für viele Städte wäre dies ein Anlass, sich intensiv auf ein ganzes Jahr zum Gedenken und Feiern vorzubereiten. Für die Düsseldorfer Stadtspitze kam das Jubiläum jedoch völlig unvermutet und überraschend.

Im Dezember 2012 wurde der städtische Haushalt für 2013 beraten und beschlossen. Einen Posten für Feierlichkeiten zum 725. Jahrestag suchte man vergeblich. Als die Nachfragen, was die Stadt denn geplant habe, im-

mer zahlreicher wurden, kündigte der Oberbürgermeister im Januar an, dass man 300.000 Euro in den laufenden Haushalt einstellen wolle. Dazu zum Vergleich: für die Ausrichtung der Bambi-Verleihung hat die Stadt Düsseldorf ca. 1,0 Millionen Euro ausgegeben, für die Ausrichtung des Eurovision-Song-Contestes mehr als 10 Millionen.

Im Februar wurde dem Rat der Stadt ein Budget für Feierlichkeiten zur Genehmigung vorgelegt. Dieses belief sich auf 500.000 Euro. Innerhalb von drei Monaten startete die Stadt von 0 über 300.000 Euro auf 500.000 Euro durch. Bei diesem Tempo wird bis Jahresende sicherlich noch die Millionen-grenze überschritten.

In den 500.000 Euro sind ca. 300.000 vorgesehen für eine zentrale Feierlichkeit für Honoratioren in der Tonhalle. Einen Änderungsantrag, diese Feier zugunsten eines Volksfestes ausfallen zu lassen und dafür die 300.000 Euro zu verwenden, wurde von der Mehrheit von CDU/FDP abgelehnt.

Dafür gibt es jetzt bei dem jährlichen Marathon für jeden Teilnehmer und jede Teilnehmerin ein T-Shirt mit dem Aufdruck 725 Jahre Düsseldorf. Eine seit 2012 laufende Ausstellung in der Bezirksvertretung Flingern/Düsseltal zur Geschichte des Düsseldorfer Zoos wurde kurzerhand verlängert und in das Programm für die 725 Jahr-Feierlichkeiten aufgenommen.

Auf den städtischen Briefumschlägen prangt ein Stempel, der an den Jahrestag erinnert. Die Stadt hat auch schöne Fahnen anfertigen lassen und beflaggt damit ihre Gebäude. Und die Bevölkerung wurde aufgerufen, doch kreativ zu sein und selbst etwas zu diesem Anlass beizusteuern.

Damit sind dann die Verhältnisse gewahrt. Die Stadtspitze feiert mit den wichtigen Menschen und bestreitet die Kosten aus dem städtischen Etat, der aus Steuern und Gebühren gespeist wird. Wenn das Volk feiern will, dann soll es sich die Feste selbst organisieren.

## BäderCard

### Kundenfreundlicher gestalten



Schwimmen wird immer teurer

© piqs.de/Tommy Wong (BY 2.0)

Im Mai 2011 wurde in Düsseldorf die BäderCard, eine aufladbare Geldwertkarte, eingeführt. Den BesitzerInnen der Karte wird ein Rabatt von zehn Prozent auf den Eintritt in die Düsseldorfer Schwimmbäder gewährt. Im Gegenzug wurden zum gleichen Zeitpunkt die Eintrittspreise für die Schwimmbäder ebenfalls um etwa zehn Prozent erhöht. Diese Erhöhung wurde mit dem Argument gerechtfertigt, dass sie durch den Erwerb der BäderCard kompensiert werden könne.

Neben einer generellen Kritik an der Preiserhöhung bemängelten wir bei

der Einführung der BäderCard auch die Bedingungen zum Erwerb und zur Benutzung dieser. So ist die Karte beim Ersterwerb nur mit einem Mindestbetrag von 90.- Euro zu erwerben und alle Nachladungen müssen mit mindestens 60.-, 90.- oder 120.- Euro erfolgen. Für Düsseldorf-InhaberInnen liegen die Beträge zwar etwas niedriger, dennoch sind auch diese deutlich zu hoch. Zu den hohen Aufladegebühren kommen noch weitere Kosten hinzu: Die Ausstellung der BäderCard erfolgt gegen die Entrichtung einer Bearbeitungsgebühr in Höhe von 4,- Euro (zzgl. 3,- Euro Pfand).

Bei Rückgabe der BäderCard wird wiederum eine Bearbeitungsgebühr von 4,- Euro fällig, um seinen Restwert zurückerstattet zu bekommen.

Bei der Einführung der BäderCard beantragten wir daher, diese Bedingungen kundenfreundlicher zu gestalten. Der Antrag wurde von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt. Nach einem Jahr, so wurde gesagt, solle doch erst einmal überprüft werden, wie die BäderCard angenommen worden ist. Nachdem einhalb Jahre später allerdings immer noch keine Überprüfung stattgefunden hatte, erfragten wir die entsprechenden Zahlen im Sportausschuss.

Die Zahlen bestätigten, was abzusehen war: Die BäderCard wird kaum angenommen. Von Mai 2011 bis Januar 2013 wurden lediglich 2.575 Exemplare verkauft. Die Bädergesellschaft musste einräumen, dass sie mit einer weit größeren Zahl an ausgegebenen Karten gerechnet hatte. Bereits vor Einführung der Karte wurden 5.000 Exemplare angeschafft und noch einmal die gleiche Menge optioniert.

In der nächsten Sitzung des Sportausschusses werden wir noch einmal versuchen, eine Änderung der Bedingungen zum Erwerb und zur Benutzung der BäderCard zu erreichen. Im Einzelnen werden wir beantragen die Mindestbeträge beim Ersterwerb sowie beim Nachladen deutlich zu senken und die Bearbeitungsgebühren abzuschaffen.

## Bäderkonzept

Im Februar 2012 hat der Aufsichtsrat der Bädergesellschaft die Geschäftsführung beauftragt, für die Düsseldorfer Bäder ein grundsätzliches und für die Zukunft tragfähiges Konzept auszuarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen. Im September 2012 sollte das neue Bäderkonzept vorgestellt werden. Aufgrund von „Abstimmungsbedarf“ wurde die Veröffentlichung jedoch verschoben.

Da das Bäderkonzept immer noch nicht vorliegt, haben wir im Februar im Sportausschuss nachgefragt, wo das Konzept denn bleibt. Die Antwort: Da die Bädergesellschaft im Januar gebeten wurde, in das Konzept auch die Bedarfsentwicklung für das Schulschwimmen einzuarbeiten, könne ein Zeitpunkt für die Vorlage des Konzeptes nun überhaupt nicht genannt werden. Da die Entwicklung für das Schulschwimmen aus den immer aktuell gehaltenen Zahlen für die Entwicklung der Schulen abzuleiten wäre, ist die Antwort nicht nachvollziehbar.

## Demokratie im Stadtrat

Immer öfter werden Anfragen im Düsseldorfer Rat und in den Fachausschüssen zurückgewiesen. Begründet wird das damit, dass der Oberbürgermeister das alleinige Recht hat, zu entscheiden, ob eine Anfrage zulässig sei. So auch bei einer Anfrage aus aktuellem Anlass unserer Ratsfraktion aus dem September 2012. Dabei ging es um die Mehrkosten für die Wehrhahnlinie. Die Anfrage wurde nicht zugelassen, weil die entsprechenden Informationen bereits in der sogenannten Kleinen Kommission Wehrhahnlinie bekannt gegeben wurden und damit der aktuelle Anlass nicht gegeben war. Allerdings ist unsere Fraktion in dieser Kommission gar nicht vertreten. Außerdem sind wir der Meinung, dass der Oberbürgermeister nicht frei entscheiden kann, worüber diskutiert werden darf. Die Gemeindeordnung gesteht den Ratsmitgliedern ein umfassendes Fragerecht zu. Dieses Fragerecht soll formal ausgehebelt werden, um für die Ratsmehrheit und den Oberbürgermeister unbequeme Diskussionen zu verhindern. Wir werden jetzt klären lassen, wie viel Demokratie im Düsseldorfer Rat zulässig ist. Dazu haben wir Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht.

## Flughafenbeschäftigte

Der Flughafen Düsseldorf gehört zu 50% der Stadt Düsseldorf. Um Arbeitnehmerrechte auszuhebeln wurde 2004 die 100 %ige Tochtergesellschaft für die Flugzeugabfertigung (FDGHG) gegründet, in die die Beschäftigten wechseln mussten. Verbunden war dies mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit und Einbußen beim Einkommen. Auf diese Nötigung wurde eingegangen um die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Nun werden von der FDGHG betriebsbedingte Kündigungen angekündigt, die bis zu 360 von etwa 780 Beschäftigten betreffen können. Die ArbeitnehmervertreterInnen fordern den dauerhaften Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Dazu haben sie eine Petition aufgesetzt, die von 2.571 Personen unterschrieben wurde. Darin wird der Stadtrat aufgefordert seiner sozialen Verantwortung als öffentlicher Anteilseigner am Düsseldorfer Flughafen gerecht zu werden und sich den Belangen der dortigen Beschäftigten zu stellen. Entsprechend dieser Petition haben wir im Rat den Antrag gestellt, dass die VertreterInnen der Stadt sich in der gemeinsamen Gesellschaft dafür einsetzen sollen, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind. Der Antrag wurde bei Enthaltung der SPD von den anderen Fraktionen abgelehnt.

## Überstunden der Feuerwehr werden bezahlt

Eigentlich ist es selbstverständlich, dass gemachte Überstunden bezahlt werden. Das sah die Stadt Düsseldorf anders. Aufgrund einer Arbeitszeitveränderung durch die EU sind in den Jahren 2001 bis 2006 bei der Düsseldorfer Feuerwehr jährlich etwa 77.000 Überstunden angefallen. Schon im Oktober 2010 fragte die Ratsfraktion DIE LINKE im Personal- und Organisationsausschuss nach der Bezahlung der Überstunden und stellte auch danach immer wieder Anfragen zu dem Thema. Die Verwaltung und allen voran OB Elbers waren jedoch nur bereit die Überstunden aus dem Jahr 2006 teilweise zu bezahlen. Erst nachdem Elbers massiv die Feuerwehrleute anging, kam Bewegung in die Sache. Um nicht gänzlich im Kommunikationsdesaster unterzugehen, knickte Elbers jetzt doch endlich ein.

# Hindenburg

## Nicht mehr in der Ehrenbürgerliste

Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Damit erfüllte er eine Forderung von Bankiers, Großgrundbesitzern und Industriellen. Hindenburg war ein überzeugter Monarchist, Militarist und Nationalist, der nach dem Ersten Weltkrieg die Dolchstoßlegende mit zu verantworten und die Zerschlagung der demokratischen Verfassung der Weimarer Republik betrieben hat. Die Ernennung Hitlers führte in den Zweiten Weltkrieg und zur Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen, die nicht in das nationalistische und rassistische Weltbild der

Nazis passte. Seit 1917 war Hindenburg Ehrenbürger der Stadt Düsseldorf. Während in vielen anderen Städten Hindenburg nach 1945 die Ehrenbürgerschaft aberkannt wurde, passierte in Düsseldorf nichts.

Im Februar haben wir im Rat den Antrag gestellt, Hindenburg die Ehrenbürgerschaft zu entziehen. Der Antrag wurde von der Tagesordnung genommen, da eine Ehrenbürgerschaft mit dem Tod der betreffenden Person erlischt und der Rat deshalb über den Antrag nicht entscheiden könne.

Da sich allerdings alle Rednerinnen und Redner von Hindenburg distanzier-

ten, wurde verabredet, dass die Fraktionen zur April-Sitzung einen gemeinsamen Antrag einbringen. So wurde von SPD, Grünen, LINKEN und FDP ein Antrag formuliert, dass der Rat sich von der Verleihung der Ehrenbürgerschaft distanziert und die Verwaltung auffordert, Hindenburg von der Liste der Ehrenbürger zu streichen.

Eine Woche vor der Ratssitzung hat die FDP ihre Unterschrift vom gemeinsamen Antrag zurückgezogen.

In der Ratssitzung argumentierte die CDU, man solle sich nicht von einer Verleihung der Ehrenbürgerschaft aus dem Jahr 1917 distanzieren, nur weil Hindenburg 1933 Hitler an die Macht gebracht habe. Schließlich hat die Verleihung der Ehrenbürgerschaft 1917 dem damaligen Zeitgeist entsprochen.

Damit kann man auch KZ und Völkermord relativieren, denn das hat auch dem damaligen Zeitgeist entsprochen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der LINKEN, SPD, Grüne und FDP genehmigt. Die CDU-Fraktion stimmte geschlossen dagegen.

Damit wird Hindenburg von allen offiziellen Listen der Stadt verschwinden.



Hitler, Hindenburg und Göring friedlich vereint

© Bundesarchiv

# Ehrung für Völkermörder

## Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Dies setzen wir heute fort. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die Anwohner formal unangenehm ist. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

### Die Lüderitzstraße in Urdenbach und Garath

Die Lüderitzstraße gehört auf einer Seite zu Urdenbach und auf der anderen Seite zu Garath. Adolf Lüderitz betrog in Süd-West Afrika (heute Namibia) die EinwohnerInnen um ihr Land und ihre Bodenschätze und legte damit den Grundstein für die deutsche Kolonie Deutsch-Südwestafrika.

1883 „erwarb“ Lüderitz vom Nama-Häuptling Joseph Fredericks die Bucht von Angra Pequena vertraglich für 10.000 Mark und 260 Gewehre. Allerdings wurde dem Häuptling erst nach Abschluss des Vertrags erklärt, dass

es sich nicht um die üblichen englischen Landmeilen (1 Meile = 1,8 km) handelte, sondern die preußischen (1 Meile = 7,5 km). Das gesamte Stammesgebiet gehörte somit Lüderitz, der nach Diamanten, Kupfer, Gold und Silber suchte. Lüderitz blieb bei seiner Suche nach Bodenschätzen erfolglos, fand noch nicht mal Wasser. Dieses musste per Schiff aus Kapstadt geliefert werden. Lüderitz verkaufte „sein“ Land an die Deutsche Kolonialgesellschaft. 1884 übernahm das Deutsche Reich durch die Besetzung durch die kaiserliche Marine mit drei Kriegsschiffen und Hissen der deut-

schen Flagge sozusagen den „Schutz“ des erschwindelten Landes. 1885 wurde die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ gegründet. Lüderitz verschwand 1886 bei einer Expedition, die gesuchten Bodenschätze hat er nie gefunden. Dafür hat er aber den Weg bereitet für die deutsche Kolonie Deutsch-Südwestafrika und damit für die schlimmsten Verbrechen deutscher Kolonialisten. Lüderitz war mit seiner Gier nach wertvollen Bodenschätzen der Wegbereiter derjenigen, die KZ's einrichteten und Völkermord begangen! (siehe auch Rheinblick Nr. 9 und 13).



Kriegsgefangene Herero in Ketten 1904

© National Archives of Namibia, Windhoek

## Nazis raus!



## Verfassungsschutz abschaffen!

### Faschismus und Rassismus bekämpfen

Von 1990 bis heute wurden weit über 100 Menschen Opfer rassistischer Gewalt. Allein die Neonazi Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ermordete zehn Menschen türkischer und griechischer Herkunft sowie eine Polizistin. Der Kreis der Unterstützer\_innen der rechtsextremen Terrorgruppe wird immer größer. Gingen die Sicherheitsbehörden zu Anfang von 40 Personen aus, mussten sie alsbald 100 Unterstützer\_innen registrieren. Am 24. 03. 2013 bestätigte der Vorsitzende des NSU Untersuchungsausschusses Sebastian Edathy nun, dass ihm eine geheime Liste der Sicherheitsbehörden vorliegt, die 129 Personen umfasst. .

Nach offizieller Version der Behörden gab es bei den NSU Morden keine Kontakte zwischen Verfassungsschutz und Nazi-Strukturen. Es ist jedoch bekannt, dass ein V-Mann des Verfassungsschutzes bei einem Attentat in Hessen zum Mordzeitpunkt in demselben Internetcafé war, in dem der Mord geschah. Später behauptete er in der Sendung Panorama nichts gehört und gesehen zu haben.

„Verfassungsschutzämter haben die Naziszene über ihre V-Leute seit Jahrzehnten personell und finanziell gestärkt. V-Leute haben manche Naziorganisa-

tionen wie den Thüringer Heimatschutz, aus dem die NSU-Terroristen kamen, überhaupt erst gegründet. V-Leute haben wiederholt schwere Straftaten einschließlich Brandanschlägen begangen und wurden dabei von den Verfassungsschutzämtern gedeckt. Immer wieder warnen die Geheimdienste ihre Spitzel vor Polizeieinsätzen und verhinderten so eine effektive Strafverfolgung neonazistischer Verbrechen. Das - und nicht die von Bundesverfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen geforderte Stärkung der Spitzelbehörde - sollte ein Jahr nach Aufdeckung der NSU-Terrorzelle eine wesentliche Lehre sein.“ (Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE) Bis heute ist ungeklärt, wie die 13-jährige Mordserie des NSU unentdeckt bleiben konnte.

Nicht nur bei den Morden des NSU wurden die Opfer und ihre Angehörigen kriminalisiert und rassistischen Ressentiments ausgesetzt, da die Ermittlungsbehörden von Schutzgelderpressung und Drogenhandel ausgingen, einen rechtsradikalen Hintergrund jedoch ausblendeten. Migrant\_innen, Asylbewerber\_innen und Geduldete sind sowohl einem täglich stärker werdenden alltäglichen gesellschaftlichen Rassismus ausgesetzt, als auch einem institutionellen. Asylsuchende werden

abgeschoben, Sintis und Romas stigmatisiert, rassistische Sondergesetze wie die Residenzpflicht, das Asylbewerberleistungsgesetz u.a. behindern eine gesellschaftliche Integration.

Wehren sich Flüchtlinge, fordern ihre Grund- und Menschenrechte ein und versuchen sich politisch zu organisieren, geht die Polizei mit Gewalt gegen sie vor.

In Neumünster, Köln und Karlsruhe versuchten Flüchtlinge der „Refugees Revolution Bustour“ andere Flüchtlinge, die in Sammelunterkünften lebten zu besuchen und sie über ihre Rechte aufzuklären. Als ihnen dies verwehrt wurde, ging die Polizei bei Blockaden und Demonstrationen der Aktivist\_innen mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die sie vor.

Neofaschismus und Rassismus stehen einer demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung entgegen. DIE LINKE. bekämpft diese gesellschaftlichen Auswüchse und unterstützt die Forderungen der Flüchtlinge nach der Schließung aller Flüchtlingslager, der Abschaffung der Residenzpflicht, der Beendigung der Abschottung der europäischen Außengrenzen durch Frontex und der Abschiebepaxis.

*Dietmar Liebetanz*

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

noch nie war es so einfach, radikal zu sein wie heute. Es reicht aus, Dinge zu fordern, welche in den Siebzigerjahren in der Bundesrepublik selbstverständlich waren - auskömmliche Renten, Beschäftigungssicherheit über einen Jahresvertrag hinaus. Heute verwechseln andere Parteien das bereits mit einer sozialistischen Utopie.

Was ist seitdem schief gegangen? Hat sich das Geld denn in Luft aufgelöst? Haben wir tatsächlich zu wenig gearbeitet und zu viel konsumiert? Nein, tatsächlich wuchs das Bruttosozialprodukt stetig. Das Geld ist nicht verschwunden, es hat bloß die Besitzer gewechselt.

Warum versuchen SPD und CDU uns dann vorzumachen, es gebe nichts mehr zu verteilen? Weil sie seit Jahrzehnten auf Lobbyisten hören und Steuergelder an Konzerne und Reiche verschenken, sodass für das Gemeinwesen nichts übrig bleibt.

Banker-, Versicherer- und Finanzlobbyisten beeinflussen schamlos Politik und Medien, seit ihre Angst vor einer sozialistischen Alternative geschwunden ist; wir müssen ihre Angst vor einer gerechten Gesellschaft neu beleben, damit die Hoffnung aller auf ein menschenwürdiges Leben wieder wachsen kann.

Deshalb müssen wir aufklären und Alternativen aufzeigen – und diesem Zweck dient auch der R(h)einblick. Wir wünschen uns, dass der R(h)einblick für seine LeserInnen ein Gegengift zur Beschwichtigungs- und Entmutigungs-Schreibe der Zeitungsblätter des Mainstreams wird: Seien wir radikal – fordern wir das Selbstverständliche!“

Christian Jäger  
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.  
Corneliusstr. 108  
40215 Düsseldorf

Tel: 0211 933 60 81

info@die-linke-duesseldorf.de  
www.die-linke-duesseldorf.de

# Kriege beginnen mit Lügen

Vietnam, Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen und jetzt Syrien?



DIE LINKE stellt sich konsequent gegen jeden Krieg

Foto: © © Hier ist DIE LINKE

„Von deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“: Dieser einheitliche Schwur der Menschen weckte Hoffnung nach Frieden, nachdem Deutschland Europa mit einem verbrecherischem Krieg überzogen und die Nazis Millionen Menschen im Rassenwahn ermordet hatten. Er hielt bis zum 24. März 1999, bis deutsche Kampfflotten in Italien starteten und 54 Jahre nach Ende des Weltkriegs wieder Belgrad bombardierten. Wie konnte es dazu kommen?

Um Kriege zu beginnen, muss man Begründungen finden. Wenn man keinen Grund hat, aber aus strategischen oder wirtschaftlichen Interessen einen anderen Staat überfallen will, muss man Gründe erfinden. So log im Oktober 1939 Hitler: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“ und es begann der Zweite Weltkrieg mit dem Angriff auf Polen. Vorausgegangen war ein von der SS fingierter Angriff auf den Radiosender Gleiwitz mit dem Tarnnamen „Unternehmen Tannenberg“. Die Amerikaner erfanden den „Tonking-Zwischenfall“, ei-

nen angeblichen Angriff auf US-Kriegsschiffe im Golf von Tonking im August 1964 um den Einmarsch in Vietnam zu rechtfertigen. Der damalige deutsche Kriegsminister Rudolf Scharping (SPD) hielt im Deutschen Bundestag Anfang 1999 Fotos von angeblichen zivilen Opfern durch serbische Militärs hoch, um Deutschland in den Krieg gegen Jugoslawien zu zwingen. Die Serben hätten angeblich einen „Hufeisenplan“ um die Kosovaren zu vertreiben. Alles war gelogen. Der Grüne Außenminister Fischer war einer der übelsten Kriegstreiber in Europa. Unter dem Titel „Es begann mit einer Lüge“ widerlegte die Monitorredaktion in einer Dokumentation am 8. Februar 2001 alle Lügen, die den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien angeblich begründeten.

Die Massenvernichtungswaffen der Iraker wurden nie gefunden, aber über eine Million Kinder, Frauen und Männer starben durch amerikanische Bomben und als Folge des Embargos. Es gab nie ein Massaker durch Gadafris Truppen

in Libyen, aber der Bürgerkrieg und die Natobomben forderten über 60.000 Opfer und stürzten Libyen ins Chaos. Spitzenpolitiker von SPD und Grünen zeigten sich empört, dass Deutschland sich an dem Überfall nicht beteiligte. Der Zugriff zu den Ölvorräten hat sich allerdings für die westlichen Konzerne verbessert.

Ein Bild von angeblichen Leichen durch die syrische Armee wurden während des Bürgerkriegs in Syrien veröffentlicht. Das Bild mussten zurückgezogen werden, weil sich herausstellte, dass sie irakische Opfer amerikanischer Bomben aus dem Irak-Krieg zeigten. Die Granate, die auf türkischem Gebiet einschlug und zu der Stationierung deutscher Patriot-Raketen in der Türkei als Begründung herangezogen wurde, stammt offensichtlich von den Rebellen. Hier wird die nächste Bombardierung eines Landes vorbereitet.

Nur DIE LINKE stellt sich eindeutig gegen den Krieg als „Konfliktlösung“. Viele Millionen Menschen sind seit dem zweiten Weltkrieg in Korea, Vietnam, Afrika, Irak, Jugoslawien, Afghanistan und vielen anderen Gegenden der Welt in Kriegen umgebracht worden. Immer behaupten die Kriegsparteien, dass sie für Menschenrechte und ihre Werte oder ihre Religion eintreten. Immer wird gelogen, um Kriege zu begründen. Durch die hemmungslosen Profitgeschäfte über Rüstungsexporte wird diese Entwicklung zusätzlich befördert.

Nur DIE LINKE sagt: Nie wieder Krieg, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte stoppen. Nur so ist eine friedliche Welt möglich.

Lutz Pfundner

## Man kann nicht jeden Berg selber besteigen... aber darauf achten, wer einem die Aussicht beschreibt.

Im Greven Verlag ist 2012 „Das große Düsseldorf-Lexikon“ von Clemens von Loz-Corswarem und Benedikt Maurer erschienen. Der Preis von 68 Euro mag manchen in die Stadtbücherei statt in den Buchladen leiten. Das Lexikon wird vom Verlag als Düsseldorf-Standardwerk für die nächsten Jahrzehnte angepriesen, weil es umfassend und zuverlässig wichtige Fragen der Geschichte und Gegenwart Düsseldorfs beantwortet. Doch über Ex-Oberbürgermeister Erwin wird berichtet, dass er ein streitbarer Jurist war, aktive Wirtschaftsförderung betrieb, hervorragenden Kontakt nach China hatte und die Stadt schuldenfrei machte. Dass er dafür jedoch das Tafelsilber - zum Beispiel die Stadtwerke - veräußerte, wird nicht erwähnt. Auch der für die Medien

inszenierte Rückbau des Fahrradweges in Oberkassel auf der Luegallee passt nicht in das Bild einer solch glattgebügelt Darstellung einer Persönlichkeit.

Man hat im Lexikon darauf verzichtet, noch lebende Persönlichkeiten aufzunehmen. Auch wenn es nachvollziehbar ist, entsteht bei der Bewertung, welche Personen für die Stadtgeschichte wichtig waren und sind, eine Schiefelage. Über Hans Globke (S. 274) wird ausgesagt, dass er ein „ausgewiesener Verwaltungsfachmann“ und unter Adenauer einer der wichtigsten Staatssekretäre war. Dass er führend an der Vorbereitung der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, dem Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 18. Oktober 1935 und dem

Personenstandsgesetz (3. November 1937) beteiligt war, wonach das „J“ in jüdische Pässe eingepreßt wurde wird nicht erwähnt - aber: „ausgewiesener Verwaltungsfachmann“. So ist auch auf den Seiten 273/74 eine sachliche Darstellung über den von Faschisten ermordeten Hilarius Gilges erfolgt. Auch andere interessante Personenbeschreibungen von kulturellen und politischen Persönlichkeiten sind enthalten und bieten Informationen, die man sich sonst mühselig zusammensuchen müßte.

Es gibt viele Lücken und ist auch nicht „die ganze Stadt in einem Buch“ wie im Klappentext angekündigt. Es ist aber eine interessante Lektüre, die hoffentlich dazu anregt, sich mit der Stadtgeschichte weiterhin zu beschäftigen.

Udo Achten

## Weiter auf Platz 3

Deutschland ist weiterhin nach den USA und Rußland der drittgrößte Waffenexporteur in der Welt vor Frankreich und China. Das geht aus einer Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hervor. Größte Abnehmer in Europa zwischen 2008 und 2012 waren ausgerechnet die Krisenländer Spanien und Griechenland. 14 Prozent der Waffenlieferungen gingen in den Nahen Osten. Bei den Konzernen steht der deutsch-französische Konzern EADS weltweit an Platz 7 und die Düsseldorfer Rheinmetall AG an Platz 26. Dabei spielen bisher Menschenrechte keine Rolle, wie die vorgesehenen 280 Panzer an Saudi-Arabien belegen.

Seit dem 2. April wird es allerdings schwieriger für die Bundesregierung Waffenexporte in Länder zu genehmigen, die die Menschenrechte missachten (das bedeutet jetzt nicht, dass die Flüchtlingspolitik in Deutschland dem Menschenrecht entspricht). Die UNO-Vollversammlung hat bei nur drei Gegenstimmen mit den deutschen Stimmen einen weltweit geltenden Vertrag zur Beschränkung des Waffenhandels beschlossen. Länder werden verpflichtet, bei Waffenhandel zu prüfen, ob die Waffen in die Hände von Terroristen gelangen oder damit Menschenrechtsverletzungen begangen werden können. Ein wichtiger Schritt um Waffenexporte einzuschränken. Dies gilt für kleine und leichte Waffen, für Panzer und Militärfahrzeuge, für Kampfhubschrauber und Kriegsschiffe sowie Raketen und Raketenwerfer. Die Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien sind bekannt. Mal sehen, ob die Bundesregierung sich an den eigenen Beschluss hält.

Lutz Pfundner

## NRW goes Blockupy

Erneut wird es dieses Jahr in Frankfurt antikapitalistische Krisenproteste geben. Am 31. Mai und 1. Juni 2013 soll der Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes getragen werden: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken und Konzerne.

Am 31. Mai wird es Blockaden und Aktionen des zivilen Ungehorsams geben, am 1. Juni eine internationale Demonstration. Weitere Infos, Termine und Anfahrtsstermine: <http://nrw.blockupy-frankfurt.org>

## Abschied von Hugo Chavez

Mit Hugo Chávez Frías, dem Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, der am 5.3.2013 an den Folgen eines Krebsleidens verstarb, verliert Lateinamerika und die Linke in aller Welt einen unerschrockenen Verfechter für eine neue, gerechtere Welt, der entschlossen für seine Vision vom "Sozialismus im 21. Jahrhundert" gekämpft hat. Er war ein Idol für alle, die ihr Land nicht an die USA verkaufen wollen: Die Campesinos, die auf die Straße gingen, um eine Landreform einzuklagen, die Bewohner der Barrios, die Maßnahmen gegen die grassierende Bandenkriminalität einforderten, die indigenen Organisationen, die gegen den Kohleabbau in ihren Gebieten demonstrierten. Für sie alle galt Chávez als echter Revolutionär, als Mann der Basis, der Lateinamerika zum Guten verändert.

Die andauernde große Mehrheit bei allen Wahlen ist auf eine reale Verbesserung der Lebensverhältnisse zurückzuführen. Dazu gehören nach chavistischer Diktion die "Misiones": Der Ausbau der medizinischen Versorgung, des Bildungssystems, die Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme, die Installierung kommunaler Räte, die auf lokaler Ebene finanzielle Mittel mobilisieren können und diverse andere wohlfahrtstaatliche Maßnahmen. Von Venezuela ging die Integration Lateinamerikas aus. Lateinamerika ist unwiderruflich nach links gerückt und Chávez hat den Impuls dazu gegeben, als er Anfang 1999 das Präsidentenamt antrat – vier Jahre vor Brasiliens Lula, sieben Jahre vor Boliviens Evo Morales und acht Jahre vor Ecuadors Rafael Correa. Von Venezuela ging die Integration Lateinamerikas im Sinne eines zunehmenden Widerstandes gegen die Hegemoniebestrebungen der USA aus. Das lässt auf eine Veränderung Lateinamerikas in Richtung von Chávez' Vision eines "Sozialismus im 21. Jahrhunderts" hoffen. Das wurde bei der Beerdigung deutlich, zu der hochrangige Delegationen aus 55 Staaten der Welt, darunter die Staats- und Regierungschefs fast aller Länder Lateinamerikas gekommen waren, die mehrtägige Staatstrauer erklärt hatten.

Hugo Chávez reiht sich ehrenvoll in die Reihe seiner Vorbilder Simón Bolívar, Fidel Castro, Che Guevara und Salvador Allende ein und wird unvergessen bleiben.

Nicki Blanchard

## Heraus zum 1. Mai

Protest auf die Straße bringen



Spaß und Infos im Hofgarten am 1. Mai

© DIE LINKE Düsseldorf

Es mag manchem wie ein überkommenes Ritual aus vergangenen Zeiten vorkommen. Am 1. Mai versammeln sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ganzen Land und demonstrieren für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Es ist aber aktueller denn je. Dieses Jahr ist das Motto des DGB: „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.“ Alle diese angesprochenen Fragen werden leider derzeit in der öffentlichen Debatte so beantwortet, dass es mehr Minijobs, Werkver-

träge und Leiharbeit gibt; es wird über eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters auf beispielsweise 70 Jahre diskutiert und europaweit sollen Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende und Schülerinnen und Schüler dazu beitragen, dass Banken und Spekulanten gerettet werden. Hier braucht es andere Antworten.

Jedem und jeder sollte das zustehen, was er oder sie erarbeitet. In Deutschland ist die Verteilung des Volkseinkom-

mens, also dem was in diesem Land erarbeitet wird, völlig aus dem Ruder gelaufen. Mittlerweile gehen nur noch etwa 64 Prozent des Volkseinkommens an diejenigen, die dieses Geld wirklich erarbeitet haben und ihre Familien. Etwa 36 Prozent des Volkseinkommens werden als Gewinn- oder Vermögenseinkommen leistungslos verteilt. Noch vor 20 Jahren war der Anteil der Löhne etwa 75 Prozent des Volkseinkommens. Da aus den Löhnen auch die Renten bezahlt werden und deren Anteil immer weiter sinkt, sind die Renten nicht mehr sicher.

Um sich gegen diese Entwicklung zu wehren, reicht es aber nicht sich zu Hause aufzuregen. Dafür müssen wir alle gemeinsam anfangen uns für unsere Interessen einzusetzen und Druck aufzubauen, damit diejenigen, die diese Umverteilung organisieren (die Regierung) und diejenigen, die von ihr profitieren (die Reichen), spüren, dass viele sauer sind. Der 1. Mai ist eine gute Gelegenheit zu zeigen, dass es nicht nur einige wenige sind, die bereit sind auf die Straße zu gehen. Andere Länder haben gezeigt, dass man sich wehren kann. Nun ist es Zeit den Protest gegen eine Politik, die auch die Banken- und Finanzkrise nutzt, um europaweit bei den normalen Menschen zu kürzen und Banken zu retten, nach Deutschland zu tragen.

Nils Böhlke

## Rente muss zum Leben reichen

Den Jungen von heute droht Armut im Alter

0,25 Prozent Rentenerhöhung für den Westen hat die Bundesregierung angekündigt. Gleichzeitig wird in der Regierungskoalition über eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre diskutiert. Die Rentenbeiträge sollen auf 18,9 Prozent gesenkt werden. Die Zerstörung der gesetzlichen Rentenversicherung soll also weiter gehen.

Dies geschieht auf Grundlage der, von SPD und Grünen unter Schröder beschlossenen Agenda 2010. Der Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, äußerte vor kurzem noch seinen Stolz auf dieses fürchterliche Machwerk. Mit der Agenda wurden alle Schleusen für Hungerlöhne, Leiharbeit und Minijobs geöffnet. Bei diesen Löhnen und Arbeitsverhältnissen ist niemand in der Lage, eine gesetzliche Rente aufzubauen, die zum Leben reicht.

Parallel wurden die Steuern für die Konzerne und Wohlhabenden radikal gesenkt. Die Schröder-Politik bedeutete also, dass die arbeitenden Menschen mit ihren Lohn- und Rentenkürzungen

den Anstieg des Reichtums einer kleinen Minderheit in diesem Land bezahlt haben.

Die SPD hatte dann aber eine Idee: Die private Vorsorge. Die „Riester-Rente“ wurde geschaffen. Jede/r Arbeitnehmer/in hat also die Möglichkeit 5 Prozent seines Einkommens in eine private Versicherung zu stecken, um so seine Rente später zu erhöhen. Bei Abschluss werden allerdings zunächst die Provisionen und Bearbeitungsgebühren fällig. Da ist schon mal ein Teil der eingezahlten Beiträge weg. Voraussetzung ist allerdings, dass man genug verdienen muss, um sich die Riester-Rente überhaupt leisten zu können. Also diejenigen, die hohe Einkommen haben und dadurch eine gute Rentenerwartung haben, können „riestern“ und ihre Rente steigern. Die auf Hungerlöhne angewiesen sind, bleiben auf ihren Hungerrenten sitzen.

Wer verdient aber an der Riesterrente? Zum einen die Versicherungswirtschaft und zum anderen der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär Walter

Riester, der für Vorträge bei Versicherungskonzernen Honorare erhält, bei denen Peer Steinbrück vor Neid erblasst.

Deshalb fordert DIE LINKE: Die alte Rentenformel 53 Prozent des Einkommens muss wiederhergestellt werden. SPD und Grüne haben dies auf 43 Prozent schrittweise abgesenkt und CDU/FDP haben mitgemacht. Die Rente mit 67 muss zurückgenommen werden. Nur 9,9 Prozent der arbeitenden Bevölkerung haben mit 64 Jahren überhaupt noch einen Arbeitsplatz. Für 90,1 Prozent ist die Rente mit 67 nichts anderes als eine radikale Rentenkürzung. Als soziale Sicherheit für alle Rentner fordert DIE LINKE eine Mindestrente von 1050 Euro. Bei einem Mindestlohn von 10 Euro würde in Zukunft kaum noch jemand unter eine Rente von 1050 Euro fallen. Nur so läßt sich Altersarmut in Zukunft verhindern und bei einer angemessenen Besteuerung des Reichtums in diesem Land ist die Finanzierung auch kein Problem.

Lutz Pfundner

# Keinen Meter für die Nazis

Die LINKEN, die Rechten und die Scheinheiligen

Am 14. März – vor einer Flüchtlings-sammelunterkunft stand Pro-NRW und schwenkte Deutschlandflaggen, während AntifaschistInnen in Sichtweite hinter einer Polizeiabsperrung protestierten. Pro-NRW verpackte Hass in nationalistische Ansprachen. Die AntifaschistInnen forderten Gleichheit, Teilhabe und Bewegungsfreiheit für alle Menschen; originär linke Forderungen.

Neben uns AntifaschistInnen, standen aber auch Vertreter eben der Partei, die im Landtag an den Abschiebungen von Flüchtlingen beteiligt ist, die in Düsseldorf für eben jene unmenschlichen Massenunterkünfte verantwortlich ist,

aus denen die Flüchtlinge mit ihren Protesten ausbrechen wollen: Die SPD hatte ihre JuSos geschickt.

Jugendliche Antifas skandierten dann auch in Richtung JuSos: „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten! Wer war mit dabei? Die Grüne Partei“. Die Grüne Partei war übrigens nicht mit dabei, auf der Demo gegen Pro-NRW. Dafür verirrten sich die Piraten auf die Kundgebung – mit je einer Piratenflagge auf Seiten der Antifaschisten und einer Flagge auf Seiten der Faschos.

CDU, FDP, SPD, Grüne und Piraten geben sich in trauter Einigkeit antifaschistisch, solange es medienwirksam

und bequem ist. Z.B. gegen die 'Rechte' am 17. März, in Landtagsnähe. Gleichzeitig machen sie im Landtag und überall eine Politik, die auf Abschreckung von in Deutschland Schutz Suchenden zielt – sie pferchen Flüchtlinge in Massenunterkünfte; sie nehmen die Todesopfer in Kauf, welche das EU-Grenzschutzregime fordert. Sie sind verantwortlich für Abschiebungen und rücksichtslose Polizeieinsätze gegen friedliche Proteste.

Die Leben von Flüchtlingen werden von SPD und Grünen in Wahrheit genau so der Deutschland-AG geopfert wie die Menschenwürde von ALG-II-Beziehern.

Christian Jäger



Den Nazis den Stinkefinger zeigen

© DIE LINKE Düsseldorf

## Die große Enttäuschung: Obama!

Der Friedensnobelpreisträger leistet keinen Dienst am Frieden

Kurz nach seinem Amtsantritt 2009 reiste Obama in die arabischen Länder und hielt eine wunderbare Rede in Kairo, die nicht nur den Palästinensern, sondern allen Friedenskräften in der ganzen Welt neue Hoffnung gab, es könne noch während seiner Regierung endlich zu einem Friedensprozess kommen.

Auch wir Linken haben damals diese Hoffnung in uns getragen. Diese Hoffnung ist ziemlich schnell zerstoßen, als Obama unter dem Einfluß der in den USA einflussreichen Israel-Lobby einen drastischen Kurswechsel vollzog.

Auch optisch wurde dies deutlich, als für Netanjahu bei seinem Auftritt im amerikanischen Kongress die Abgeordneten allesamt (mit nur ganz wenigen Ausnahmen, die dann prompt als Antisemiten beschimpft worden sind) begeistert in die Höhe gesprungen sind.

Wir Linken neigen dazu, die Hoffnung nicht so schnell aufzugeben, und so kam es dazu, dass mit Beginn der zweiten Wahlperiode Obamas die Hoffnung trotz

der erlittenen Enttäuschung wieder anwuchs, diesmal könne es doch noch zu einer Friedensregelung kommen. Obama musste sich ja nicht nochmals der Wahl stellen und konnte deshalb bei seinem jetzigen Besuch in Israel die Respektierung des internationalen Völkerrechtes verlangen. Tatsächlich stellte er sich aber rückhaltlos hinter die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik, die laut Obama nicht mehr völkerrechtswidrig sei. Die Alleinschuld am Nichtzustandekommen eines Vertrages mit Palästina wies er den Palästinensern zu, weil diese noch immer verlangen, der Siedlungsbau müsse beendet werden.

Obama demütigte öffentlich den Palästinenserpräsidenten Abbas und demütigte gegenüber dem aggressiven Obama auch nicht der Hinweis, dass die gesamte übrige Welt Siedlungsbau und Trennmauer für völkerrechtswidrig halte. Obama machte noch Witzchen, dass in der Vergangenheit etwaige Meinungsverschiedenheiten mit Netanjahu

nur vorgespielt worden seien; in Wirklichkeit sei das sein Freund.

Nicht nur Obama täuschte seine Wähler, sondern auch Yair Lapid mit seiner angeblichen Links vom Zentrum Partei. Dieser bildete sogleich mit dem Rechtsaußen Netanjahu und dem rassistischen Siedlerpolitiker Naftali Benett eine Regierung, die auch von der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom mit Presseerklärung vom 18.3.2013 als extremistisch rechts eingeschätzt worden ist.

Auch erst einige Wochen ist es her, dass die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem meldete und durch ein von ihr hergestelltes Video belegte, wie israelische Sicherheitskräfte gegen Demonstranten mit gepanzerten Tankwagen vorgehen, weil diese wöchentlich Demonstrationen gegen die Apartheidmauer im palästinensischen Dorf Nabi Saleh veranstalteten. In den Tanks war nicht Wasser sondern Jauche.

Henning Kroymann

### Wie dumm ist Rösler?

Der FDP-Vorsitzende lehnt den Verbotsantrag gegen die NPD ab. „Dummheit kann man nicht verbieten“, meint er als Begründung. Wie dumm muss man eigentlich sein, um Nazis und Faschismus als „Dummheit“ zu begreifen. War das ein „dummer Streich“, dass die NSU 10 Menschen ermordete? Beruhte Auschwitz auf Dummheit? Ist es nur Dummheit, wenn Nazis mit Fahnen durch deutsche Städte marschieren? Nein - es geht nicht um Dummheit. Faschismus ist ein Verbrechen und Verbrechen gehören bestraft und verboten. So gehört auch die NPD verboten.  
Lutz Pfundner

### Andrea Nahles zur Agenda 2010

Am 9. März 2013 in Welt online erklärte die Generalsekretärin der SPD wie ihre Partei zur Agenda 2010 steht: „Die Agenda 2010 hat das Land vorangebracht. Es gibt daher keinen Grund, sie zu verstecken.“ Wohlgermerkt, es geht um Hungerlöhne, um Leiharbeit, um Rentenkürzung und Steuergeschenke für die Reichen im Land. Nahles weiter: „Er (gemeint ist der Verursacher der Zerstörung des Sozialstaates Gerhard Schröder) will uns in den kommenden Monaten unterstützen, er will für Rot-Grün kämpfen. Mich freut das sehr. Er war immer ein begnadeter Wahlkämpfer und begnadeter Motivator“. Wir können nur ergänzen: Er ist auch ein begnadeter Selbstversorger als Aufsichtsrat des russischen Konzerns Gazprom.

## IMPRESSUM

### Rheinblick

#### Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE.  
Corneliusstr. 108  
40215 Düsseldorf

#### Redaktion:

Nils Böhlke, Dietmar Liebetanz, Lutz Pfundner, Birgit Spahr, Wolfgang Spahr

#### Tel:

0211 933 60 81

#### email:

info@die-linke-duesseldorf.de

#### web:

www.die-linke-duesseldorf.de

#### V.i.S.d.P.:

Lutz Pfundner

#### Druck:

Berliner Zeitungsdruck

#### Auflage:

25.000



## Wasserversorgung

### Rekommunalisierung der Versorgung gefordert

In der EU wird zurzeit eine Richtlinie diskutiert, die die Vergaben von Konzessionen europaweit einheitlich regeln soll. Demnach soll unter Anderem die Wasserversorgung in Zukunft europaweit ausgeschrieben werden. Das bedeutet, dass die Kommunen zukünftig die Wasserversorgung oft an private Unternehmen vergeben müssen, wenn diese preiswerter sind.

In der Regel wird die Wasserversorgung in Deutschland von den kommunalen Stadtwerken betrieben. Das führt dazu, dass die Wasserqualität in Deutschland im Vergleich zu vielen europäischen Staaten sehr gut und die Preise relativ günstig sind. Dort, wo die Versorgung bereits privatisiert ist, stehen die Profite auf Kosten der Qualität und der Preise im Vordergrund.

Eine Bürgerinitiative (<http://www.right2water.eu/de>) sammelt europaweit Unterschriften, um die europäische Union dazu zu verpflichten, die Wasserversorgung nicht zu liberalisieren und allen Menschen einen Zugang zu einer Versorgung mit Trinkwasser zu ermöglichen. Durch die Kampagne wurden bereits über 1,3 Millionen Unterschriften gesammelt.

In der Ratssitzung im Februar wurde ein Antrag diskutiert, der von CDU, SPD, Grünen und FDP eingebracht wurde.

Der Rat der Stadt Düsseldorf soll das EU-Parlament auffordern, die EU-Richtlinie abzulehnen oder zumindest nicht auf die kommunale Wasserversorgung anzuwenden. In dem Antrag wurde auch formuliert, dass die Wasserversorgung Teil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Der Antrag wurde einstimmig vom Rat angenommen.

Ausgenommen von der Richtlinie sollen die Wasserwerke werden, die zu 100 % in kommunaler Hand sind. Das trifft auf Düsseldorf nicht zu, da die Stadt nur noch einen Anteil von 25,05 % an den Stadtwerken hat.

Deshalb haben wir folgerichtig einen Antrag eingereicht, in dem eine Rekommunalisierung der städtischen Wasserversorgung gefordert wird. Die Verwaltung sollte aufgefordert werden, hierzu Gespräche mit den anderen Gesellschaftern aufzunehmen. Denn nur eine Wasserversorgung, die zu 100 % von der Kommune ausgeführt wird, bietet zurzeit die Garantie, dass eine Konzessionsrichtlinie in Düsseldorf nicht angewendet werden kann. Leider konnten die Fraktionen von CDU und FDP diesen Gedankengang nicht nachvollziehen und lehnten unseren Antrag ab.



Wasser ist ein öffentliches Gut - und muss es bleiben

© pixelio/Matthias Bozek

## Frauenhäuser in Düsseldorf

### Über 180 Ablehnungen pro Jahr



Ist bei ihnen die Welt wirklich noch in Ordnung?

© pixelio/Sandra Schmitz

Jede vierte Frau wird nach wissenschaftlichen Studien in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt, wobei die Dunkelziffer noch viel höher liegen dürfte. In Frauenhäusern finden die betroffenen Frauen persönlichen Schutz und Sicherheit und gewinnen Abstand von ihrer Bedrohungssituation.

Aus einer Anfrage im Landtag geht hervor, dass in den Frauenhäusern in

NRW jedes Jahr tausende Frauen aus Platzmangel abgelehnt werden müssen. Wie die Situation bei den Düsseldorfer Frauenhäusern aussieht, erfragten wir im Gleichstellungsausschuss.

In Düsseldorf gibt es das „Internationale Frauenhaus“ mit 12 Plätzen (8 Plätze für Frauen und 4 Plätze für Kinder) sowie das „Frauenhaus Düsseldorf“ mit 17 Plätzen (8 Plätze für Frauen und 9 Plätze für Kinder). Im „Internationa-

len Frauenhaus“ konnten im letzten Jahr 180 Frauen aus Platzmangel nicht aufgenommen werden. Das „Frauenhaus Düsseldorf“ hält statistisch nicht fest, wie viele Frauen abgewiesen werden müssen.

Die Anruferinnen erhalten Informationen über Telefonnummern in der Umgebung, über die Internetseite [www.frauen-info-netz.de](http://www.frauen-info-netz.de) sowie über die Telefonnummer und die Internetseite des Bundeshilfetelefon [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de). Je nach Situation und Dringlichkeit würden zudem die Kontaktdaten der Polizei und Frauenberatungsstelle weitergegeben.

In beiden Einrichtungen ist nicht bekannt, ob die abgewiesenen Frauen einen Platz in einem anderen Frauenhaus erhalten haben, da keine Nachverfolgungsmöglichkeiten oder Folgekontakte bestehen.

Hier ist dringend Verbesserung notwendig. Die Zahlen verdeutlichen, dass es in Düsseldorf Bedarf für mindestens ein weiteres Frauenhaus gibt. Wie dieses finanziert und betrieben werden kann, werden wir in der nächsten Zeit thematisieren.

## Europatag

Am 5. Mai 1949 wurde mit der Unterzeichnung einer Satzung der Europarat gegründet. Daran erinnert die Stadt Düsseldorf jedes Jahr mit einem Fest auf dem Marktplatz vor dem Rathaus.

Auf der Internetseite der Stadt heißt es dazu: „In Düsseldorf leben und arbeiten Menschen mit den verschiedensten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Hintergründen. Sie tragen ebenso wie ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Stellung der Stadt bei.“

In der Vergangenheit präsentierten am Europatag unterschiedliche Vereine und Initiativen aus Düsseldorf die Kultur ihrer Herkunftsländer an Ständen, die die Stadt ihnen zur Verfügung stellte. Seit einigen Jahren wird die Feier jedoch nicht mehr direkt von der Stadt organisiert, sondern von Agenturen.

Seitdem sind enorme Gebühren für eine Teilnahme an einem Stand zu zahlen. So kostet in diesem Jahr eine Standfläche inklusive eines Zeltes von 9 m<sup>2</sup> fast 420 Euro, für 18 m<sup>2</sup> sind über 700 Euro zu zahlen. Die Bereitstellung von Tischen, Lampen etc. wird zusätzlich berechnet. Der Verkauf von landestypischen Gerichten, woraus die Vereine die Gebühren finanzieren könnten, ist nicht gestattet.

Für viele Vereine und Initiativen sind solch hohe Gebühren nicht tragbar, sie nehmen an der Feier nicht mehr teil. Finanzieren können diese Gebühren nur noch Reisebüros und Fremdenverkehrsverbände. Die Feier zum Europatag hat sich zu einer rein kommerziellen Veranstaltung entwickelt, was dem ursprünglichen Gedanken nicht entspricht.

Deshalb hat unsere Fraktion im Integrationsausschuss den Antrag gestellt, die Standflächen (inklusive Zelt und Strom) bei der Veranstaltung Vereinen und Initiativen kostenlos zur Verfügung zu stellen. SPD und Grüne fanden unseren Antrag zwar gut, haben aber dafür gesorgt, dass er in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften verwiesen wurde. Dieser tagt das nächste Mal am 23. Mai. Exakt 19 Tage nach dem Europatag. Im Namen der Vereine und Initiativen bedanken wir uns bei den beiden Fraktionen für ihr Engagement. Die im Rat vertretenden Parteien haben die Möglichkeit, auf diesem Fest ihre Europapolitik zu präsentieren. Für die Teilnahmegebühren erhalten sie Sonderkonditionen. DIE LINKE nimmt aus Protest nicht teil.

## DIE LINKE tagt

Wohnungspolitik in Düsseldorf ist eines der zentralen Themen der Ratsfraktion DIE LINKE. Deshalb stand es auch auf der Tagesordnung der diesjährigen Klausurtagung. Am 16 und 17. März hat sich die Ratsfraktion zusammen mit ihren VertreterInnen in den Fachausschüssen mit den verschiedenen Möglichkeiten des Wohnungsbaues beschäftigt.

Forderungen der LINKEN sind:

Kein Verkauf von städtischen

Grundstücken – Im Gegenteil: Die Stadt muss Grundstücke ankaufen, um selbst Wohnungen zu bauen.

Ausstattung der städtischen Wohnungsgesellschaft mit genügend Kapital, um preiswerte Wohnungen auf städtischen Grundstücken bauen zu können. Möglich sind Mieten von unter 5.- Euro/m<sup>2</sup>.

Ausweisung von Flächen in Bebauungsplänen für sozialen Wohnungsbau zwischen 30 und 50 %. Nur so ist der steigende Bedarf an preiswertem Wohnraum zu befriedigen. Erhaltungssatzungen für gewachsene Stadtviertel, um eine Vertreibung der Bevölkerung zugunsten von zahlungskräftigen MieterInnen zu verhindern.

Diese Forderungen werden wir in die Diskussion zur städtischen Wohnungsbaupolitik einbringen.

## Religionsgemeinschaften

Obwohl fast ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland keine Konfession hat, zahlen die Bundesregierung, die Länder und Kommunen an Religionsgemeinschaften jedes Jahr erhebliche Summen. Insbesondere Schulen, Kitas und Krankenhäuser werden finanziert. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass die Religionsgemeinschaften den Staat entlasten. Allerdings werden diese Einrichtungen komplett vom Staat bezahlt, Länder und Kommunen könnten diese Aufgaben also ohne zusätzliche Kosten selbst übernehmen.

Über diese Finanzierungen hinaus haben Religionsgemeinschaften auch noch weitere Vorteile. So sind Religionsgemeinschaften mit ihrem teilweise sehr umfangreichen Grundbesitz von der Grundsteuer befreit. Deshalb wollten wir im Haupt- und Finanzausschuss wissen, wie viel Steuern der Stadt durch diese Regelung entgehen. Leider wollte die Stadt keine Auskunft geben, da die Steuer vom Finanzamt eingetrieben wird und die Stadt darüber keinen Überblick hat.

## Altersarmut auch in Düsseldorf

Zwei von drei Frauen haben bundesweit eine Rente unterhalb der Grundsicherung. 83,5 Prozent aller Rentnerinnen haben eine Altersrente von unter 850 Euro monatlich, und davon ein Viertel von unter 250 Euro. Dies stellt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Yvonne Ploetz, fest. In Düsseldorf wird der Anteil ähnlich sein. Die Armut im Alter, speziell bei Frauen, wird immer mehr zu einem Problem, auch in Düsseldorf.

Dass Frauen weniger Rente im Alter haben als Männer, ist zum großen Teil das Ergebnis ihrer beruflichen Laufbahn, von Kindererziehungszeiten, Teilzeitbeschäftigung, aber auch schlechterer Bezahlung.

Dass Frauen in der Vergangenheit Karriere machten oder gutbezahlte Jobs hatten, war äußerst selten. Das macht sich bei den Renten deutlich bemerkbar und wird in Zukunft noch zunehmen. Minijobs, stundenweise Jobs im Einzelhandel oder schlecht bezahlte Arbeit als Krankenpflegerin, unbezahlte Praktika, all das schlägt sich auf die Rente nieder. Frauen werden in Zukunft noch weniger Geld fürs Leben zur Verfügung haben.

Altersarmut trifft Männer und Frauen, allerdings Frauen sehr viel öfter und stärker. Die geringe Rente muss



Das können sich nur noch Wenige leisten

© pixelio/Paul-Georg Meister

bei steigenden Mieten, Energiekosten, steigenden Kosten der medizinischen Versorgung, Zahnersatz, Brille, ständig steigenden Fahrtkosten und mehr ausreichen.

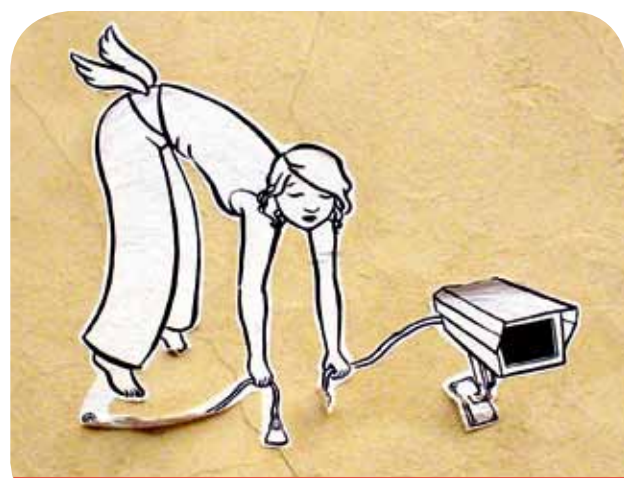
Die Stadt muss hier ihren EinwohnerInnen Hilfen anbieten und sie darüber aufklären, dass es Hilfen gibt, die genutzt werden können. Nur, Frauen gehen nicht so gern „zum Amt“. Sie haben Hemmungen und ziehen sich zurück.

Die Stadt muss Antworten auf all diese bereits existierenden und noch kommenden Probleme finden. Die Ratsfrak-

tion DIE LINKE hat das Thema immer wieder angesprochen und Forderungen gestellt: zum Beispiel für ein echtes Sozialticket von 10 Euro, damit Rentnerinnen und Rentner mobil bleiben können. Es müssen preiswerte Wohnungen her, barrierefrei, am besten in Mehrgenerationenprojekten. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die eine Stadt wie Düsseldorf für ältere Menschen, und gerade für Frauen, leisten kann. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird immer wieder Forderungen dazu stellen, nicht nur bei der Planung des zukünftigen Haushalts.

## Überwachung total?

### Videoaufzeichnungen der Rheinbahn



Einfach Stecker raus!

© flickr/Locace

Auch in Düsseldorf wird die öffentliche Videoüberwachung immer weiter ausgebaut. Neben der polizeilichen Überwachung der Altstadt, gibt es auch die Videoüberwachung des Hauptbahnhofs durch die Bundespolizei sowie hunderte private Videokameras, die Plätze und Strassen observieren.

Die meisten Videokameras werden jedoch von der Rheinbahn betrieben. Laut eigenen Angaben sind bereits 350 Videokameras in Bahnen und Bus-

sen installiert. Zukünftig sollen auch alle U-Bahnhöfe und viele Haltestellen der Rheinbahn rund um die Uhr von Videokameras erfasst und die Aufnahmen aufgezeichnet werden. Die Videoaufzeichnungen sollen 48 Stunden gespeichert werden, bei Ermittlungen jedoch auch länger. Einen konkreten Bedarf an der totalen Videoüberwachung der

Rheinbahnfahrergäste kann die Rheinbahn nicht nachweisen. So wird in der Rheinischen Post vom 14. August 2012 der Rheinbahn-Sprecher Georg Schumacher zitiert, der von keinen nennenswerten Vorfällen auf Bahnsteigen berichtet.

Insbesondere sollen durch die Videoüberwachung Graffiti-Sprühereien verhindert werden. Diese „Schäden“ mögen für die Rheinbahn ärgerlich sein, stehen aber in keinem Verhältnis zu dem erheblichen Eingriff in die informationelle

Selbstbestimmung der Fahrgäste. Zumal auch in den Empfehlungen des Verbandes deutscher Verkehrsbetriebe zur Videoüberwachung als Zweck der Videoüberwachung in Punkt 1 steht: „Beobachtungen mit Videokameras dürfen im Rahmen der Wahrnehmung des Hausrechts nur zum Schutz vor Gewalt gegen Personen und Beförderungseinrichtungen sowie zur technischen Fahrgastsicherheit erfolgen.“ Dies ist im Falle der Rheinbahn, wie sie selbst zugibt, nicht gegeben. Weiter heißt es dort unter Punkt 2: „Die Videoüberwachung darf nicht der Regelfall sein, sondern nur stattfinden, wenn sie notwendig ist.“

Eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE dazu wollte die Stadtverwaltung nicht beantworten und verwies an die Rheinbahn, trotzdem die Stadt sich an den Kosten der Videoüberwachung beteiligt, sie Anteilseigner an der Rheinbahn ist und der Rat Mitglieder in den Aufsichtsrat entsendet.

Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnt ein solches Vorgehen der Verwaltung wie auch die Videoüberwachung der Rheinbahn ab.

## Drogenhilfe in Düsseldorf

### Reduzierung des Methadonprogramms

Polizei und Sozialbehörden gehen davon aus, dass 4.000 Drogenabhängige in Düsseldorf leben. Konsumenten, die weder Drogenberatung noch soziale Betreuung in Anspruch nehmen, sind in dieser Statistik nicht erfasst.

DIE LINKE, Ratsfraktion Düsseldorf tritt für ein möglichst umfangreiches Angebot städtischer Drogenhilfe ein. Neben unserer Forderung, den Ratsbeschluss zur Einführung einer Diamorphin-Vergabestelle in Düsseldorf endlich umzusetzen, engagieren wir uns für den Erhalt und Ausbau des städtischen Methadonprogramms.

Um die drei städtischen Methadon-Vergabestellen langfristig erhalten zu können, beantragten wir Ende letzten Jahres die notwendigen Mittel. Dieser Antrag wurde von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt. Nach der Ablehnung war eine Reduzierung des Angebots zu befürchten, das Thema wurde jedoch in keinem Gremium behandelt. Durch eine Anfrage unserer Fraktion in der Februarsitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales stellte sich allerdings heraus, dass das Angebot bereits reduziert wurde – ohne die zuständigen Gremien einzubeziehen.

Von den ehemals drei städtischen Vergabestellen (Graf-Adolf-Straße, Benrath und Flurstraße) ist der Standort Graf-Adolf-Straße bereits Ende Dezember geschlossen worden. Eine Schließung des Standorts Benrath, welcher im vergangenen Jahr schon nur an etwa der Hälfte der Vergabetage geöffnet wurde, wurde ebenfalls vorbereitet. Für die endgültige Schließung dieses

Standorts ist jedoch, anders als bei der Graf-Adolf-Straße, ein Ratsbeschluss zwingend erforderlich.

Aus diesem Grund brachte die Verwaltung eine Beschlussvorlage zur Schließung des Standorts in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, später sollte die Vorlage im Rat beschlossen werden. Neben der Schließung des Standorts Benrath sah die Vorlage allerdings auch die Einstellung der Vergabe auf der Flurstrasse vor (mit Ausnahme eines Minimalangebots für besonders heikle Fälle). Das städtische Methadonprogramm sollte somit – entgegen aller bisheriger Absprachen – faktisch eingestellt werden. Da Beratungsbedarf bestand, wurde die Abstimmung allerdings auf eine spätere Sitzung verschoben.

Der derzeitige Stand ist somit: Die Vergabestelle auf der Graf-Adolf-Straße

ist geschlossen. Für eine Schließung des Standorts Benrath und die Reduzierung des Angebots auf der Flurstrasse liegt jedoch noch kein Beschluss vor. In Benrath hat sich die Bezirksvertretung im Gegensatz hierzu sogar einstimmig für den Erhalt einer städtischen Vergabestelle im Stadtbezirk ausgesprochen.

Dennoch hat die Verwaltung weitere Fakten geschaffen: Im städtischen Methadonprogramm wurden bereits die Hälfte aller Stellen in der Psychosozialen Betreuung abgebaut und der Standort Benrath wurde von der städtischen Internetseite entfernt. Die Einstellung des städtischen Methadonprogramms wird so trotz fehlendem Ratsbeschluss vorangetrieben.

DIE LINKE lehnt dieses Vorgehen entschieden ab. Wir werden uns weiterhin für einen Ausbau statt Abbau der Drogenhilfe einsetzen.



Ganz legale Drogen

© piqs/ Gabriela Neumeier, CC-Lizenz (BY 2.0)

## Wohnungssanierung

### Löricker MieterInnen haben Angst vor Verdrängung



Protest ist nötig und wichtig

© bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf

Nach der Sanierung des Hochhauses Emanuel-Leutze-Str. 1 am Seestern sollen die Kaltmieten von rund 6,50 auf 11 Euro/qm, bei Neuanmietung sogar auf 12 Euro/qm steigen. Solche Preise können sich jedoch viele nicht leisten. Deshalb

wehren sich nun die BewohnerInnen und haben eine MieterInneninitiative gegründet. Zusammen mit dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ haben sie gegen die Pläne der Immobilienfirma Ferox protestiert, die das Gebäude erst letztes

Jahr gekauft hat und offensichtlich auf schnelle Rendite setzt. Die BewohnerInnen sollen dazu neue Mietverträge mit der Ferox GmbH abschließen, worauf die Firma allerdings keinen Anspruch hat! Die MieterInnen würden ja damit auf ihre Rechte aus ihren alten Verträgen verzichten!

Peter Nowinski, Vertreter der Fraktion DIE LINKE, nahm Kontakt zur Initiative auf und bot seine Unterstützung an. Im Wohnungsausschuss der Stadt Düsseldorf thematisierte er die gesundheitlichen Gefahren für die MieterInnen durch die Sanierungsmaßnahmen und die Belastungen mit Asbest, Schimmel und Legionellen im Warmwasser. Das werden die Behörden jetzt überwachen. Gemeinsam mit dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ werden wir weiterhin die MieterInnen der Emanuel-Leutze-Straße 1 unterstützen.

## Neue Fraktion DIE LINKE in Garath/Hellerhof

Die Bezirksvertreterin der Partei DIE LINKE, Angelika Kraft-Dlangamandla, sowie der Parteilose Michael Sonnenberg haben sich zu der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung 10 zusammengeschlossen. Die neue Fraktion will verstärkt die bisher soziale und einwohnernahe politische Arbeit in Garath und Hellerhof fortsetzen. Als Fraktion sind die beiden BezirksvertreterInnen noch wirkungsvoller in der Lage, bürgernahe politische Arbeit vor Ort in den beiden Stadtteilen zu leisten.

Die Fraktion kann nun in einem Raum der Bezirksverwaltung regelmäßige EinwohnerInnensprechstunden durchführen, sie kann dort zu Vorbereitungen und zur Vorbereitung der Bezirksvertretungssitzungen zusammen kommen. Außerdem erhofft sich die Fraktion noch größere Wahrnehmung der sozialen und bürgernahen politischen Arbeit im Stadtbezirk 10. Die Fraktion DIE LINKE wird sich in der Bezirksvertretung 10 weiter für den Erhalt und Ausbau von KiTa-Plätzen, Sportstätten und Kinderspielplätzen einsetzen. Die Verbesserung des Wohnumfeldes und der Wohnsituation in Garath und Hellerhof, den Erhalt und Ausbau von günstigem Wohnraum ist ein weiteres wichtiges Ziel, für das sich die Fraktion einsetzen wird. Zu erreichen ist die Fraktion per Mail unter: [garath-hellerhof.linke@web.de](mailto:garath-hellerhof.linke@web.de)

## IMPRESSUM

### Rheinblick

#### Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.  
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

#### Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

#### Tel:

0211 89 95 123

#### Fax:

0211 89 29 588

#### email:

[info@linksfraktion-duesseldorf.de](mailto:info@linksfraktion-duesseldorf.de)

#### web:

[www.linksfraktion-duesseldorf.de](http://www.linksfraktion-duesseldorf.de)

#### V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbo

#### Druck:

Berliner Zeitungsdruck

#### Auflage:

25.000

## Radwegenetz ausbauen

In einer Umfrage des ADFC zur Sicherheit und zum Stellenwert des Radverkehrs hat Düsseldorf den 35. Platz von 38 Städten erreicht und ist damit im Vergleich zu 2005 um 14 Plätze abgerutscht. Gleichzeitig kündigt der Oberbürgermeister eine Verdoppelung des Etats zum Ausbau des Radwegenetzes an. Statt 750.000 Euro in diesem Jahr sollen 1.500.000 Euro im Jahr 2014 bereitgestellt werden. Allerdings verschweigt der Oberbürgermeister, dass für den Ausbau des Radwegenetzes 2010 noch 1,0 Millionen Euro zur Verfügung standen. 2011 wurden die Gelder auf 750.000 Euro zusammengestrichen.

Diese Kürzung ist auch für die Jahre 2012 und 2013 aufrecht erhalten worden. Das heißt, zwischen 2011 und 2013 wurden insgesamt 750.000 Euro eingespart. Diese Mittel sollen 2014 wieder zur Verfügung stehen. Es ist wohl kein Zufall, dass dieses im Jahr der nächsten Kommunalwahl geschieht. Man könnte vermuten, die WählerInnen sollen verschaukelt werden. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf fordert bereits seit 2009, den Etat für den Ausbau des Radwegenetzes auf 2,0 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Damit wären in den letzten drei Jahren zusätzliche 3.750.000 Euro in den Ausbau des Radwegenetzes geflossen. Mit der Forderung, die Mittel um diese Summe zu erhöhen, werden wir in die Beratungen zum Etat 2014 gehen. Diese Summe würde auch zur Verfügung stehen, wenn man auf die Bevorzugung des PKW-Verkehrs verzichtet und den Ausbau der sogenannten Umgehungsstraßen einstellt.

## Alle sollen Düsseldorf lieben Wer braucht schon eine Dachmarke?

Bisher hat sich weder die Stadtverwaltung noch OB Elbers großartig innovativ in Sachen Werbung hervorgetan. Im Gegenteil. Man stolperte eher von einem Fettnäpfchen ins andere und machte sich damit bundesweit eher zum Gespött der Medien. Aber nun soll alles ganz anders werden. Eine Dachmarke für das Unternehmen Stadt Düsseldorf soll her. Da ist Elbers aber von der Medienwelt schön gebieft worden, denn kaum eine Gelegenheit liess er aus, das neu erlernte Wort hinaus zu posaunen. Er will in die Geschichte eingehen, als derjenige, der für den Imagewechsel der Stadt verantwortlich ist. Nur schade, dass auch offenbar die beauftragte Werbeagentur ihn nicht ganz ernst nahm. Denn nur so kann man das Ergebnis verstehen. Dort durften offensichtlich die PraktikantInnen sich mal so richtig austoben. Allerdings kann man das Ergebnis nicht gerade als einzigartig bezeichnen. Das :D ist nicht nur weltweit schon für verschiedenste Produkte und Orte im Einsatz, es steht in der Sprache der emoticons auch für lautes Lachen bzw. auslachen, also einem sehr aufdringlichen Zeichen, dass man nicht zu oft benutzen sollte. Fest steht auf jeden Fall, dass die gesamte Werbewelt sich über Düsseldorf (und auch die beteiligte Werbeagentur) kaputt lacht, denn einfaltsloser geht es kaum noch. Doch anstatt das Ergebnis einfach einzustampfen, wird trotzig daran festgehalten und eine groß angelegte Werbekampagne aufgelegt.

Die zwei Tastaturkürzel die jetzt das neue Gesicht der Stadt nach aussen repräsentieren sollen, haben 150.000 Euro gekostet, auf Neudeutsch heisst das „Gestaltung der Dachmarke“. Ein regelrechtes Schnäppchen, wie Elbers der Menschheit verkündet. Doch das

sind nicht die einzigen Kosten. In der Ratssitzung vom 18. April stellte die Ratsfraktion DIE LINKE eine Anfrage zu den Kosten, die die Stadtverwaltung nur mangelhaft beantwortete.

Die Frage nach den Gesamtkosten wurde nur unzureichend beantwortet. Während in der Verwaltung intern alle Kosten bewertet und verrechnet werden, weicht die Verwaltung in der

Doch dabei wird es nicht bleiben.

Die Werbeagentur wird nachlegen müssen, denn auch die bisher vorgestellten Plakate sind eher mässig. Wie ein Imagewechsel stattfinden soll, wenn man Plakate druckt mit Fortuna, Japaner und Karneval, weiss wohl nur Elbers und die Werbeagentur. Zumal der Sinn der Kampagne und den damit verbundenen Kosten zu hinterfragen



Imagekampagne andersherum

© Linksfraktion Düsseldorf

Antwort aus. Die Neugestaltung der Düsseldorf Internetseite fehlt ebenso wie die Kosten der Neudrucke von Fahnen, Briefpapier etc. Angeblich ist dies kostenneutral, da neue Broschüren etc. schon etatisiert sind. Was ebenso fehlt, trotz direkter Nachfrage, sind die weiteren Kosten, die die Agentur für zukünftige Kampagnen in Rechnung stellen wird. Hier sind nur 75.000 Euro Produktions- und Schaltkosten für die im April 2013 stattfindende bundesweite Werbekampagne genannt sowie 110.000 Euro Agenturkosten für die Umsetzung- und Kommunikationsstrategie. Insgesamt hat die Kampagne bisher schon fast 575.000 Euro gekostet.

ist. Ein Imagewechsel wäre wesentlich einfacher wenn die Stadt endlich preiswerte Wohnungen in ausreichender Menge bauen würde, die Subkultur unterstützen würde, die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und reich schliessen würde und endlich eine Politik für die EinwohnerInnen tätigen würde. Dann könnte man sich kostspielige Imagekampagnen sparen.

Das haben auch die AktivistInnen erkannt, die mit wenigen Mitteln die Imagekampagne durchkreuzen und überall in der Stadt Aufkleber hinterlassen, die auf die Probleme und die verfehltete Politik der Stadt aufmerksam machen.

## Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:  
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

# Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

## Ein Abo und immer gut informiert sein